

Veranstaltungen der OeNB

Erfahrungen im ersten Jahrzehnt der Wirtschafts- und Währungsunion – Zusammenfassung der 36. Volkswirtschaftlichen Tagung

Ernest Gnan,
Martin Summer

Die 36. Volkswirtschaftliche Tagung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) am 28. und 29. April 2008 setzte sich mit den Erfahrungen des ersten Jahrzehnts mit dem Euro sowie mit kommenden Herausforderungen für die WWU auseinander. Ziel der Tagung war es, durch eine Kombination wirtschaftspolitischer und wissenschaftlicher Beiträge eine sachliche und fundierte Grundlage für die Auseinandersetzung mit diesem bedeutsamen Kapitel der jüngeren Wirtschaftsgeschichte zu schaffen. Dazu waren als Referenten hochrangige Vertreter aus Zentralbanken, der internationalen und österreichischen Politik sowie aus Wirtschaft und Wissenschaft eingeladen.

Der Euro als die richtige Antwort auf die Globalisierung

Klaus Liebscher, Gouverneur der OeNB, bezeichnete in seiner Eröffnung den Euro als die richtige Antwort auf die Globalisierung. Die Teilnahme Österreichs an der WWU von Beginn an sei ein richtiger und wichtiger Schritt gewesen. Die Erfahrung der „Großen Inflation“ in den 1970er-Jahren habe die europäische Geldverfassung maßgeblich geprägt. Dementsprechend habe das mit einem hohen Grad an Unabhängigkeit ausgestattete Eurosystem den eindeutigen gesetzlichen Auftrag der vorrangigen Erhaltung der Preisstabilität. Die Inflationsrate lag im bisherigen Verlauf der Währungsunion – trotz zahlreicher Preisschocks – mit knapp über 2 % niedrig. Der Erfolg der WWU stelle sich indes nicht automatisch ein, er erfordere Anstrengungen auch in anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik. Insbesondere bildeten eine stringente Fiskalpolitik und dynamische Strukturpolitik wichtige Rahmenbedingungen für ein reibungsloses Funktionieren der Währungsunion. Liebscher sah in der positiven Entwicklung der Realwirtschaft im ersten Jahrzehnt der WWU eine direkte Konsequenz des Euro und

der stabilitätsorientierten Geldpolitik des Eurosystems. Alle teilnehmenden Länder hätten vom Euro profitiert. Insbesondere Österreich habe der Euro beträchtliche Wohlstandsgewinne gebracht. Das Land habe seine Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern können, was sich in einem robusten Wirtschaftswachstum und einem Wachstumsvorsprung von etwa $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt gegenüber dem Durchschnitt des Euroraums in den letzten Jahren niedergeschlagen habe. Die Internationalisierung Österreichs habe mit dem Euro erst so richtig an Tempo gewonnen. Die Erweiterung der EU und auch des Euroraums sei für Österreich sehr wichtig. Das Eurosystem sei offen für weitere Beitritte zum Euroraum – die Konvergenzbedingungen müssten nach dem Prinzip der Gleichbehandlung zu den bestehenden Teilnehmerländern angewendet werden. Gerade die jüngste Inflationsentwicklung zeige, dass die Geld- und Wirtschaftspolitik nicht unaufmerksam gegenüber inflationären Tendenzen werden dürfe. Manche hätten schon ein Ende der Inflation ausgerufen. Die jüngste Entwicklung zeige, dass Wachsamkeit immer nötig sei. Die OeNB sei stolz, ihren Beitrag zur WWU leisten zu können.

Ruf nach Reformen der europäischen wirtschaftspolitischen Entschei- dungsstrukturen – Sozialpolitik soll mehr Gewicht bekommen

Alfred Gusenbauer, Bundeskanzler der Republik Österreich, stellte in seinem Vortrag zum Thema „Der Euro in der erweiterten EU aus österreichischer Sicht“ eingangs fest, dass der Euro funktioniere und sich auch international bewährt habe. Diese international anerkannte Erfolgsgeschichte gehe vor allem auf das Konto der EZB und der nationalen Zentralbanken (NZBen) – der Bundeskanzler gratulierte in diesem Zusammenhang der EZB zu deren zehnjährigem Bestehen. Ins Zentrum seiner Rede stellte Gusenbauer fünf Thesen: *Erstens* solle das europäische Sozialmodell in die Lissabon-Reformstrategie einbezogen werden. *Zweitens* weise die wirtschaftspolitische Koordination trotz gewisser Fortschritte Mängel auf. Insbesondere fehle die Möglichkeit, bei Bedarf ein koordiniertes Konjunkturstimulierungspaket zu schnüren. *Drittens* solle der Euro-Wechselkurs nicht allein Sache der Zentralbanken sein. Eine engere Überwachung und Koordinierung seien nötig. *Viertens* seien eine verbesserte Außenvertretung des Euroraums und eine stringendere internationale Finanzarchitektur notwendig. Die Option einer einheitlich und weltweit geregelten „Weltfinanzorganisation“ im Rahmen der Bretton-Woods-Institutionen solle erwogen werden. *Schließlich* setzte sich Gusenbauer für eine Finanztransaktionssteuer ein. Der Bundeskanzler schloss seine Rede mit einem Plädoyer, dass Politik Vision und Handlungskraft brauche. Akzeptanz der EU bei der europäischen Bevölkerung verlange nach einem neuen Selbstbewusstsein der europäischen Politik.

Lob für die stabilitätsorientierte Politik der EZB – Marktöffnung und Inflations- bekämpfung als wirtschaftspolitische Prioritäten

Nach *Wilhelm Molterer, Vizekanzler und Finanzminister der Republik Österreich*, ist der Euro ein Anker einer stabilitätsorientierten Politik in Europa. Er erfordere stärkere Kohärenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten. Für die Zukunft hob Molterer sechs Punkte hervor: *Erstens* forderte er ein klares Bekenntnis zur Stabilitätspolitik, zum Preisstabilitätsziel und zur Unabhängigkeit der EZB. Dies in Frage zu stellen, sei eine falsche Schlussfolgerung aus der aktuellen Finanzmarktkrise. *Zweitens* sei Marktöffnung – und nicht Protektionismus – die richtige Reaktion auf den Wirtschaftsabschwung. Dies gelte insbesondere auch für den Arbeitsmarkt. *Drittens* müsse die Inflationsbekämpfung auch durch mehr Wettbewerb und Deregulierung erfolgen. *Viertens* seien steuerliche Erleichterungen, insbesondere auch des Faktors Arbeit, erforderlich. Dies dürfe aber die Haushaltsdisziplin nicht in Frage stellen. Letztere sei für eine stabilitätsorientierte Politik essenziell. *Fünftens* gelte es, die Innovationskraft zu stärken. Molterer äußerte die Sorge, dass die Veränderungsbereitschaft in der EU und in Österreich in der letzten Zeit zurückginge. *Sechstens* bräuchten globale Märkte weltweite Regeln – der IWF habe hier eine wichtige Rolle. Aber man dürfe die Finanzmärkte auch nicht durch Überreglementierung lähmen.

Die WWU sei eine Erfolgsgeschichte, sie sei ohne Alternativen – Europa sei zu einem berechenbaren und wichtigen globalen Stabilitätsanker geworden. Mit einem Glückwunsch zum guten Funktionieren der EZB schloss der Vizekanzler.

Eurosystem arbeitet harmonisch und auch in Krisen effizient und hat rasch ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit aufgebaut

Jean-Claude Trichet, Präsident der EZB, befasste sich mit der bisherigen Bilanz und mit den künftigen Herausforderungen des Eurosystems. Die EZB sei ein Beispiel für den erfolgreichen Aufbau einer neuen Institution. Der EZB-Rat funktioniere reibungslos und effizient. Das Eurosystem beruhe sehr wesentlich auf der guten und effizienten Zusammenarbeit zwischen EZB und NZBen in zahlreichen Komitees und Arbeitsgruppen. Diese enge und professionelle Zusammenarbeit war auch zentral für den guten Start der WWU und die reibungslose Einführung des Euro. Das Eurosystem habe über die Jahre ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit erworben. Prüfungen, wie das Platzen der New-Economy-Blase oder die Terroranschläge vom 11. September 2001, wurden erfolgreich bestanden. Die Erweiterung des Euroraums ging glatt über die Bühne. Die Inflation ist im letzten Jahrzehnt sehr eng an der 2-Prozent-Marke geblieben. Als die Finanzmarkturbulenzen Mitte des Jahres 2007 ausbrachen, hatte das Eurosystem bereits wiederholt vor einer derartigen Entwicklung gewarnt. Als die Risiken schlagend wurden, reagierte die EZB sofort mit Feinsteuerungsoperationen, um die sehr kurzfristigen Geldmarktsätze nahe am Hauptrefinanzierungssatz und Risikoprämien bei längeren Laufzeiten beschränkt zu halten. Diese Liquiditätsoperationen haben, so betonte Trichet, die geldpolitische Ausrichtung des Eurosystems nicht geändert – diese bleibe fest an der Gewährleistung von Preisstabilität in der mittleren Frist ausgerichtet. Geldmarktoperationen können die fundamentalen Ursachen der Turbulenzen nicht beheben. Die

aktuelle Entwicklung bestätige den geldpolitischen Ansatz der EZB: flexibles Handeln im Rahmen einer klaren Marschrichtung.

EZB erfüllt ihren Stabilitätsauftrag; Inflationsbekämpfung als Teil der Sozialpolitik

Jean-Claude Juncker, Präsident der Eurogruppe, sprach zum Thema „Die WWU und die wirtschaftspolitischen Institutionen der EU – Intelligentes Design oder ‚Learning by Doing?‘“. Es sei überraschend schwierig, der EU-Bevölkerung die zahlreichen Vorteile des Euro, der EU-Integration- und Erweiterung zu vermitteln: Transaktionskosteneinsparungen durch den Euro seien beachtlich, es gebe keine innereuropäischen Wechselkursanspannungen mehr, die Fiskalregeln haben die Budgetdefizite deutlich zurückgebracht, die Inflation sei stark zurückgegangen, das Zinsniveau sei wesentlich niedriger als vor der WWU. Trotz gewisser Reformfortschritte gebe es in Europa nach wie vor erhebliche strukturkonservierende Kräfte, die eine Umsetzung wichtiger Strukturreformen unpopulär machen. Inflationsbekämpfung ist nach Juncker ein Teil der Sozialpolitik, da Inflation sozial Schwächere besonders trifft. Die EZB habe es geschafft, ihr Preisstabilitätsziel einzuhalten und die Inflationserwartungen stabil und niedrig zu halten. Sie rechtfertige das in sie gesetzte Vertrauen. Die Inflationsbekämpfung sei nicht nur ein Thema für die EZB. Die Lohnabschlüsse müssten durch das Produktivitätswachstum abgedeckt sein.

Wirtschaftspolitische Entscheidungsstrukturen der EU spiegeln das politisch Machbare wider

Die Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik ist nach Juncker schwierig. In den Verhandlungen zum

Vertrag von Maastricht gab es Einigkeit über die einheitliche Geld- und Währungspolitik, allerdings waren die wirtschaftspolitischen Konzeptionen für eine einheitliche Wirtschaftspolitik zu verschieden. Diese blieb daher national und werde durch verschiedene Koordinationsmechanismen verbunden. Da eine einheitliche Sicht nicht erreicht werden könne, sei zumindest ein hohes Maß an verbaler Disziplin der Mitglieder der Eurogruppe in der Kommunikationspolitik nötig – immer öfter würden daher zu zentralen Fragen „terms of reference“ vereinbart. Die „weiche Form“ der Koordinierung der Wirtschaftspolitik sei zwar nicht optimal, sie entspreche aber der europäischen politischen Wirklichkeit.

Entkoppelung der Welt- und Euroraum-Wirtschaft von den USA?

Edward P. Lazear, Chairman of the Council of Economic Advisers der USA, zeichnete ein durchaus nicht ganz so pessimistisches Bild der aktuellen Konjunktur in den USA, wie es die Diskussion in den Medien oder auch manche Prognosen vermuten ließen. Die USA seien, so Lazear, nicht in der Großen Depression, wahrscheinlich nicht einmal in einer Rezession. Die Wirtschaft wachse, und die Arbeitslosenquote sei mit knapp über 5% weiter niedrig. Das im Februar 2008 beschlossene Budgetpaket werde die Wirtschaft im zweiten Halbjahr ankurbeln. Die Immobilienpreise hatten bereits im Jahr 2006 – lange vor Ausbruch der Finanzmarktkrise – ihren Höhepunkt erreicht. Die Finanzkrise habe eine plötzliche Anpassung der Risikoprämien auf Asset Backed Securities ausgelöst. Der Niedergang im Finanzsektor löse erhebliche Personalfreisetzen aus. Die Kreditverschärfung müsse insgesamt nicht notwendigerweise nachteilig sein,

wenngleich die Investitionen dadurch gedämpft werden. Anders als in den letzten zehn Jahren profitierte das US-amerikanische BIP-Wachstum im Jahr 2007 von der Weltkonjunktur, vor allem in den Schwellenländern. Eine Loslösung der Welt- und EU-Konjunktur von jener der USA sah Lazear jedoch skeptisch – dazu seien die USA eine zu große und mit dem Rest der Welt zu eng verflochtene Wirtschaftsmacht.

Klaus Liebscher-Preis an Forscherinnen aus Deutschland und Österreich

Im Anschluss wurde zum vierten Mal der Klaus Liebscher-Preis für wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Währungsunion und der Europäischen Integration vergeben. Der Preis ging in diesem Jahr an *Kerstin Gerlach, Universität Mannheim*, für ihre Arbeit zur wirtschaftspolitischen Theorie der internationalen Finanzmarktintegration und an *Silvia Rocha-Akis und Aleksandra Riedl* von der *Wirtschaftsuniversität Wien* für ihre gemeinsame Arbeit zur Theorie und Empirie des Steuerwettbewerbs in Europa. Direktor *Christl* stellte die Preisträgerinnen und die prämierten Arbeiten vor, Präsident *Schimetschek* rief die Geschichte und Ziele des Klaus Liebscher-Preises in Erinnerung. Nach zwei Kurzpräsentationen der Arbeiten durch die Preisträgerinnen wurde der Preis durch Direktor *Christl* und Gouverneur *Liebscher* überreicht.

Fruchtbarer Dialog zwischen Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik im ersten Jahrzehnt der WWU

Charles Wyplosz, Graduate Institute of International Studies Genf, setzte sich mit dem Dialog zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaften auseinander. Aus Sicht der Politik war

die Währungsunion eine notwendige Konsequenz des EU-Binnenmarktes: Freier Kapitalverkehr und fixe Wechselkurse seien mit einer unabhängigen Geldpolitik der einzelnen Nationalstaaten unvereinbar. In der akademischen Debatte wurde die Währungsunion hauptsächlich vor dem Hintergrund der Theorie optimaler Währungsräume (OCA-Theorie) diskutiert. Die OCA-Kriterien fanden erst im Lauf der Zeit auch verstärkten Eingang in die politische Diskussion. Beim Stabilitäts- und Wachstumspakt schritt die Politik voran, bevor die akademische Debatte sich voll entfaltet hatte. Aus Sicht der Politik galt es zum einen, eine Monetisierung öffentlicher Defizite durch die Zentralbank sowie einzelstaatliche Abweichungen von der Fiskaldisziplin zu vermeiden. Diese Argumente wurden auch aus akademischer Sicht anerkannt, die konkrete Ausgestaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts fand aber auch viele akademische Kritiker. So seien insbesondere die Ausnahmebedingungen in Konjunkturabschwüngen zu strikt gefasst, und es werde nicht nach der Verwendung von Schulden unterschieden. Manche, aber nicht alle dieser Kritikpunkte wurden von der Politik aufgegriffen. Akademische Kommentare kritisierten auch häufig die Zwei-Säulen-Strategie der EZB. De facto stellte sich im ersten Jahrzehnt der WWU jedoch immer wieder heraus, dass die Geldpolitik der EZB tatsächlich sehr stark im Einklang mit aktuellen Theorieentwicklungen steht und dieser Debatte eher der Charakter einer Prinzipien Diskussion zukommt. Insgesamt zog Wyplosz eine positive Bilanz der gegenseitigen Lernfähigkeit der Politik und akademischen Forschung. In Fragen der Währungsunion habe sich die Politik stets schneller bewegt als die akademische Forschung, aber der Dialog habe sich intensiviert,

und die Integration beider Bereiche habe sich, nicht zuletzt durch die bedeutende Forschungsaktivität der Zentralbanken selbst, stark vertieft und verbessert.

Erwartete Effekte der Währungsunion eingetreten, Zukunftssicherheit des Euro außer Zweifel

Die anschließende Podiumsdiskussion setzte sich mit einigen zentralen Aspekten der WWU, wie der Erweiterung, der Finanzmarktintegration, der Auswirkungen der WWU auf den Handel sowie mit der Frage der Zukunftssicherheit des Euro auseinander.

Mathilde Maurel, Universität Paris I, widmete sich der Frage der Erweiterung der WWU, insbesondere dem Spannungsverhältnis zwischen dem Inflationskriterium, das in den Voraussetzungen zum WWU-Beitritt festgelegt ist und dem starken Wirtschaftswachstum, das durch den Aufholprozess der Beitrittsländer gleichzeitig auch höheren Inflationsdruck mit sich bringe. Sie diskutierte die Möglichkeit und die Sinnhaftigkeit, die Konvergenzkriterien der speziellen Aufholsituation dieser Länder anzupassen. Die Beitrittskriterien sind aus Maurels Sicht endogen zu sehen und verwirklichteten sich simultan mit der Einführung einer Währungsunion. Sie sieht daher in einer frühzeitigen Erweiterung der WWU keine Gefahr für die Währungsunion und deren Ziele.

Philip Lane, Trinity College Dublin, zeigte zunächst, dass das Verschwinden des innereuropäischen Währungsrisikos die Integration des Interbankenmarktes und des Geldmarktes stark unterstützte. Auch vormals nationale Aktienmärkte sowie Direktinvestitionen zwischen Mitgliedstaaten seien durch die WWU begünstigt worden. Es kam durch die WWU auch zu einem starken Wachstum des Anleihemarktes.

Im Einzelkundengeschäft bestehe noch großer Aufholbedarf, wengleich auch hier eine verstärkte Integration zu erwarten sei. In einem zweiten Schritt befasste sich Lane mit den makroökonomischen Auswirkungen der Finanzmarktintegration. Obwohl sich die Integration positiv auf eine effiziente Risikoallokation in der WWU ausgewirkt habe, gebe es auch gegenläufige Entwicklungen. Langfristig sieht Lane die WWU als einen Gewinner der erhöhten Finanzmarktintegration.

Die positiven Effekte der WWU auf den Handel wurden im Vorfeld der Euro-Einführung oft diskutiert. Den tatsächlichen Effekten widmete sich *Andrew Rose, University of California, Berkeley*. Er fasste das gegenwärtige Wissen über die quantitativen Auswirkungen der WWU auf den Handel anhand einer systematischen Analyse der empirischen Literatur der letzten zehn Jahre zusammen. Die WWU hat demnach eine Zunahme des Handels um 9 % bis 21 % bewirkt. Rose vermutete, dass diese Effekte sich in Zukunft noch verstärken werden. Die Zunahme des Handels bewirke weiters eine stärkere Synchronisation von Konjunkturzyklen und verbessere so die Voraussetzungen für einen optimalen Währungsraum; dies sei mangels langer Datenreihen aber bislang nur schwach empirisch abgesichert.

Dem Thema Zukunfts- und Krisensicherheit des Euro widmete sich *Charles Goodhart, London School of Economics*. Unter möglichen kritischen Szenarien diskutierte Goodhart vier Fälle: Das *erste* Szenario wäre ein Austritt Deutschlands aus der WWU, weil Deutschland zu einer inflationären Politik gedrängt würde. Der *zweite* Fall wäre, dass die antiinflationäre Politik der EZB durch eine Gruppe von Finanzministern der Eurogruppe unter Druck geraten könnte. Ein *drittes*

kritisches Szenario wäre ein Wahlsieg einer Anti-Euro-Partei. Ein viertes Szenario wäre ein Feedback-Effekt, bei dem Zinsdifferenziale sich verstärken, die Kosten einer WWU-Mitgliedschaft in den schwächeren Mitgliedstaaten stärker empfunden würden und die Zinsdifferenziale sich weiter verstärken. Eine Kombination all dieser Effekte würde nach Goodhart ein Szenario ergeben, unter dem der Euro seine Zukunftssicherheit verlieren könnte. Die Wahrscheinlichkeit dafür sieht er allerdings als sehr gering an; sie kann durch eine weitere Vertiefung der politischen Union sowie durch Maßnahmen, die die Flexibilität der Arbeitsmärkte verbessern, noch weiter gesenkt werden.

Bankenaufsicht: Basel II unterstützt Anpassung an neue Herausforderungen

Arnout Wellink, Präsident De Nederlandsche Bank und Vorsitzender des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, diskutierte die Herausforderungen, die sich für die Bankenaufsicht in der Währungsunion ergeben. Drei Entwicklungen stehen für ihn im Vordergrund: die wachsende Marktabhängigkeit der Banken, die Zunahme grenzüberschreitender Geschäfte sowie eine weitere Konzentration im Finanzsektor. Wellink erläuterte, wie die neue Bankenregulierungsrichtlinie des Basler Ausschusses (Basel II), die seit Jahresbeginn 2008 in Europa voll implementiert ist, den Anpassungsprozess an diese Entwicklungen erleichtern kann. Dies geschieht in erster Linie durch bessere Risikodifferenzierung, durch Einbeziehung außerbilanzieller Bankgeschäfte in die Bestimmung des regulatorischen Eigenkapitals sowie durch erhöhte Transparenz bei der Verbriefung von Krediten. Wellink wies die Kritik der Prozyklizität der neuen Eigenkapitalrichtlinie zurück und be-

tonte, dass der Ausschuss bemüht sei, auch über die regulatorischen Konsequenzen der Erfahrungen aus der jüngsten Finanzkrise nachzudenken. An künftigen Herausforderungen hob Wellink zunächst Aufsichtsfragen, die sich aus dem grenzüberschreitenden Bankgeschäft ergeben, hervor. Er befürwortete den Ausbau bestehender Kooperationsstrukturen und äußerte sich skeptisch zu einer paneuropäischen Aufsicht in der näheren Zukunft. Betreffend das Zusammenspiel zwischen Aufsichtsbehörden und Zentralbanken, verlaufen nach Wellink in einem modernen Finanzsystem die Grenzen zwischen Finanzmarktstabilität und prudenzieller Aufsicht fließend. Für eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Aufsehern und Zentralbanken unterstrich er die Bedeutung des Informationsaustausches. Die Synergien zwischen Aufsichtsaufgaben und Finanzmarktstabilitätsverantwortung legen für ihn nahe, beide Verantwortungsbereiche institutionell möglichst zusammenzulegen.

Historisches Experiment der WWU bislang gut geglückt, doch bleiben wichtige Herausforderungen

Hans Tietmeyer, Präsident a.D. der Deutschen Bundesbank, spannte in seinem Vortrag zur „Wirtschafts- und Währungsunion aus historischer Perspektive“ einen großen Bogen von der ersten Idee einer Währungsunion im Jahr 1961 bis zu künftigen Herausforderungen. Zur Realisierung der WWU war eine lange dauernde und mitunter konfliktträchtige Annäherung verschiedener wirtschafts- und währungspolitischer Konzeptionen erforderlich. Den entscheidenden Durchbruch brachten zum einen Politikerpersönlich-

keiten, zum anderen boten historische Rahmenbedingungen – der EU-Binnenmarkt, die Ostöffnung und die deutsche Wiedervereinigung – Anreize zur Verwirklichung des WWU-Projekts. Trotz des heterogenen Hintergrunds der teilnehmenden Personen und Zentralbanken sei es dem Eurosystem gelungen, hohe Glaubwürdigkeit aufzubauen. Diese beruhe vor allem auch auf der bereits mehrfach bewiesenen Unabhängigkeit von der Politik, ein Ergebnis, das in Anbetracht der verschiedenen Hintergründe besonders wichtig und bemerkenswert sei. Der Euro habe bislang nur beschränkt als Katalysator in Richtung einer Wirtschaftsunion gewirkt: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt konnte nur unvollständig umgesetzt werden, der Lissabon-Prozess habe nur wenig Fortschritte gebracht, die Integration der Arbeitsmärkte sei noch sehr rudimentär. Mehr analytische Transparenz und eine stärkere Rolle für die Europäische Kommission könnten Reformen vorantreiben. In einer WWU müssen nach Tietmeyer nicht alle politischen Bedingungen gleich sein, aber sie dürfen die Wettbewerbsbedingungen nicht nachhaltig verzerren – eine Sozialunion, die Rigiditäten verstärkt, statt sie zu lockern, sei mit einer WWU unvereinbar. Der historische Schritt der WWU lasse weder ein Scheitern noch eine Umkehr zu. Die Erweiterung des Euroraums wurde nach Tietmeyer bislang eher zu locker gehandhabt. Die aktuelle Inflation sei – noch – erstaunlich niedrig. Die inflationsdämpfenden Wirkungen der Globalisierung liefen nun aus. Die EZB habe im Vergleich zum Federal Reserve System eine bessere Politik verfolgt, hätte aber das eine oder andere Mal die Leitzinsen schneller anheben können.

Österreich und die WWU: der Euro als Fortsetzung der Schilling-Hartwährungspolitik

Eine abschließende wirtschaftspolitische Podiumsdiskussion widmete sich dem Thema „Österreich und die WWU“. *Christine Marek, Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit*, sah in der stabilitätsorientierten Geldpolitik des Eurosystems eine Fortsetzung der österreichischen Hartwährungspolitik. Die WWU habe die Wirtschaft Europas gestärkt und eine günstige makroökonomische Entwicklung unterstützt. Der Euro sei eine bedeutende Reservewährung, die Finanzmärkte im Euroraum seien sehr leistungsstark. Die EZB sei auf einem sehr guten Weg bei der Erfüllung ihres Preisstabilitätsziels, das voll zu unterstützen sei. Die aktuell hohe Inflation sei Grund zu Sorge, es sei wichtig, dass es nicht zu einer Lohn-Preis-Spirale komme. Österreich habe von der WWU besonders durch eine verbesserte Integration in die Weltwirtschaft mit dem Effekt eines starken Wachstums- und Beschäftigungsimpulses profitiert. Der Vertrag von Lissabon sei wichtig für die effiziente Zusammenarbeit in der EU-27, für mehr Bürgernähe der EU und damit für die weitere Entwicklung der EU.

Reformelan der österreichischen Wirtschaftspolitik darf nicht erlahmen

Markus Beyrer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung, betonte, dass in einer Währungsunion dem Wettbewerb der Standorte besondere Bedeutung zukomme. Österreich liege in internationalen Standortrankings durchaus gut, allerdings zeige sich in letzter Zeit Reformmüdigkeit – es müssten mehr Anstrengungen zur Erhaltung der Standortattraktivität unternommen werden. Das Festhalten der EZB an der Stabili-

tätspolitik sei richtig, wenn auch in der kurzen Frist nicht immer einfach. Die Wirtschaftspolitik müsse dazu angehalten werden nachhaltig zu handeln – Regeln helfen hier. In der Geldpolitik habe sich Europa von kurzfristig motivierten Handlungsreflexen verabschiedet – das Best-Practice-Modell der Deutschen Bundesbank sei auf Europa übertragen worden. Österreich habe in der Geldpolitik eine weit längere und erfolgreichere Tradition der Nachhaltigkeit als in der Budgetpolitik. Die WWU habe die fiskalpolitische Kehrtwende in Österreich ausgelöst – zunächst aus kurzfristigen Überlegungen, um in der ersten Gruppe der WWU dabei zu sein. Österreich sei mit der Haushaltsrechtsreform auf dem richtigen Weg, sie werde aber nicht ausreichen, um die großen Ausgabenblöcke der Zukunft zu lösen – man müsse von einer „ausgabenorientierten Einnahmenpolitik“ zu einer „einnahmenorientierten Ausgabenpolitik“ kommen. Offene Punkte seien insbesondere jüngste Lockerungen der Pensionsreform, die Gesundheitsreform, die Verwaltungsreform und der innerösterreichische Stabilitätspakt. Insgesamt werde in der Fiskalpolitik ein ähnlich stringenter Rahmen gebraucht wie in der Geldpolitik. Die Verzögerung bei der Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes gegenüber Osteuropa sei ein Hauptfehler der österreichischen Wirtschaftspolitik. Wenn Österreich als Standort für Firmenzentralen erfolgreich sein wolle, müsse das Land offen sein für ausländische Schlüsselarbeitskräfte.

Euro vermeidet Nachteile einer Welt ohne Euro

Georg Kovarik, Leiter des Volkswirtschaftlichen Referats des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, betonte, dass die WWU Österreich in Phasen von Finanzkrisen

mehr Stabilität und Sicherheit gebracht habe. Der größte Vorteil der WWU sei, dass sie die Nachteile, die ohne WWU bestünden, erspare. Die Lohnzuwachsrate sei geringer geworden. Unbestritten haben wir in den letzten Jahren einen Aufschwung, viele Menschen fänden jedoch, sie seien davon nicht betroffen. Die Politik der EZB werde seit einiger Zeit auch von den Arbeitgeberverbänden als zu restriktiv kritisiert. Wir stünden derzeit vor einer Konjunkturabschwächung, mitausgelöst durch einen zu hohen Euro-Wechselkurs. Die Inflation liege über 3%, die Kerninflation aber nur etwas über 2%. Da die Inflation international durch Rohstoffpreisanstiege verursacht sei, könne sie durch eine Hochzinspolitik nicht eingedämmt werden. Die EU brauche eine bessere Politikabstimmung zwischen Zentralbanken, Sozialpartnern und Regierungen. Der makroökonomische Dialog der EU sei dringend reformbedürftig. Hinsichtlich der schrittweisen Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes gegenüber Osteuropa verwies Kovarik auf die Öffnung für Schlüsselarbeitskräfte. Die Arbeitsmarktöffnung im Vereinigten Königreich und in Irland habe auch unerwünschte Wirkungen gebracht, etwa einen Brain Drain in Osteuropa. Eine raschere Öffnung würde von der Bevölkerung nicht verstanden.

Skeptiker des WWU-Projekts haben sich geirrt

Bernhard Felderer, Leiter des Instituts für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung, erinnerte daran, dass nach der Theorie optimaler Währungsräume die optimale Währungsunion so definiert sei, dass man die WWU nie hätte gründen dürfen. Das Aufziehen des Pferdes von hinten habe sich bis jetzt jedoch als sehr erfolgreich herausgestellt. Entgegen der Vorhersagen der Kritiker habe

die WWU eine nachhaltige und allgemeine Konvergenz der Zinsniveaus auf niedrige Werte gebracht – es hätten auch die Länder des EWS-Hartwährungsblocks davon profitiert. Die vorausgesagten Leistungsbilanzprobleme seien im Großen und Ganzen nicht eingetreten. Auch habe die WWU zu einer merklichen Verbesserung der Budgetsalden geführt. Die Staatsverschuldung sei allgemein gesunken, die Fortschritte seien teils sehr beeindruckend. Die Zinsunterschiede zwischen Staatsanleihen seien stark zurückgegangen. Der Anpassungsdruck durch die Globalisierung konnte in den kleinen Ländern des Euroraums besser verarbeitet werden. Raschere Reformen auch in den großen Ländern wären dringend nötig. Auch die Größe und Rolle des Staats sollten dabei hinterfragt werden, die Steuerbelastung der Arbeit müsse verringert werden.

Euro hat für Österreich zahlreiche und große Vorteile gebracht; Inflationsbremse durch mehr Wettbewerb

Nach *Karl Aiginger, Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts*, hat die WWU 1,7% Wachstum in fünf Jahren gebracht, das heißt 0,3 Prozentpunkte pro Jahr. Die Inflationsvariabilität habe sich durch die EU und WWU auf das niedrige deutsche Niveau eingependelt, aber auch bei Wachstum und Arbeitslosigkeit sei die Unsicherheit gesunken. Österreich wachse in den letzten Jahren wieder rascher als der Euroraum, auch die Leistungsbilanz sei deutlich positiv geworden. Die österreichische Inflationsrate sei in der WWU deutlich niedriger als im Jahrzehnt davor. Die Arbeitslosenquote habe sich, wie zu erwarten, zwischen Österreich und der EU etwas angeglichen. Österreich sei vom Technologienehmer zur Frontier Economy geworden und habe die Chan-

cen seiner veränderten wirtschaftsgeografischen Lage genutzt. In den nächsten zehn Jahren werden Migration, Klimaänderung, Fragen der Einkommen und Vermögen sowie Alterung die Diskussion bestimmen. Chancen ergeben sich nach Aiginger durch die wirtschaftliche Dynamik des Nachbargürtels, die Aufholpotenziale und Größe der BRICs sowie eine gesteuerte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Im öffentlichen Sektor solle sachlich geprüft werden, ob der private Sektor bestimmte Leistungen eventuell besser und günstiger erbringen könne. Die aktuell erhöhte Inflation sei vor dem Hintergrund des weltweit hohen Geldangebots zu sehen; Rohstoffpreisteigerungen würden auf die Endprodukte weitergegeben, im Energiesektor gebe es zu wenig Wettbewerb. Jetzt sei die Stunde der Wettbewerbspolitik, die Fiskal- und Geldpolitik könnten jetzt wenig zur Inflationsbekämpfung tun.

Um bisherigen Erfolg des Euro fortzusetzen, braucht es weitere Reformen

Josef Christl, Mitglied des Direktoriums der OeNB, fasste zusammen, dass große Einigkeit über den Erfolg des Euro bestehe, wie anhand des Vergleichs diverser Wirtschaftsindikatoren vor und nach der WWU gezeigt worden sei. Die Währungsunion habe auch einen wesentlichen Beitrag zur Vervollkommnung des Binnenmarktes geleistet. Die Preistransparenz sei gestiegen, die Transaktionskosten hätten sich verringert, der Wettbewerb sei stimuliert worden. Damit habe die Währungs-

union genau das gehalten, was immer versprochen wurde. Gerade die letzten Monate hätten die Rolle der Währungsunion als Schutzschild vor Turbulenzen und Schocks gezeigt. Die WWU habe sich als Stabilitätsanker für die europäische Wirtschaft und die EU vollaufbewährt. Gleichzeitig werde Europa mit dem Euro in der Welt verstärkt wahrgenommen. Die präsentierten Ergebnisse rechtfertigten die Einführung einer gemeinsamen Währung in Europa und die Zuversicht in die Zukunft der Union wie auch in die Erfolgsaussichten einer künftigen Erweiterung des Euroraums. Die EZB leiste ihren Beitrag zur Integration der europäischen Wirtschaft durch mehr Transparenz und eine bessere Berechenbarkeit der Geldpolitik. Die EZB habe sich rasch als glaubwürdiger Garant von Stabilität etabliert.

Herausforderungen bildeten insbesondere die divergenten Entwicklungen der Lohnstückkosten. Hier müsse die Politik gegensteuern. Für eine flexible und wettbewerbsfähige europäische Wirtschaft sei es notwendig, die Lissabon-Strategie rasch umzusetzen und über einen weiterführenden Post-Lissabon-Prozess nachzudenken. Bei der Fiskalpolitik müsse der vorausschauende Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts weiter gestärkt werden. In der EU brauche es effizientere institutionelle Strukturen. Gegenüber der Welt müsse die bedeutende und wachsende Rolle des Euro mit einer aktiveren Rolle Europas in internationalen Gremien einhergehen.

